

26. OKT.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/246 - 26. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1 - 2	<u>Die Kulturpolitik braucht ein Programm</u> Zum Kulturkongress der SPD in Wiesbaden Von Ulrich Lehmar, MdB	58
3	<u>Willy Brandts Mahnung</u> Berlin und Deutschland müssen in der internationalen Diskussion bleiben : Von G. Markscheffel	40
4 - 5	<u>Frankreich am Scheideweg</u> Vor entscheidenden Auseinandersetzungen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	87
6 - 7	<u>Spielfilmprärien - Hoffnung für den deutschen Film</u> Verwirklichung einer alten SPD-Anregung Von Jürgen F. Warner Rundfunkpolitischer Referent des Vorstandes der SPD	75

* * *

Die Kulturpolitik braucht ein Programm

Von Ulrich Lohmar, MdB

Vor kurzem konnte man in einer nicht unbedeutenden Zeitung lesen, die Sozialdemokratie habe mit dem Treffen ihrer jungen Politiker in Bad Godesberg den Wahlkampf zum nächsten Bundestag vorbereiten wollen, und mit dem bevorstehenden Kongress in Wiesbaden zum Thema "Kultur und Politik in unserer Zeit" verbinde die SPD ähnliche Absichten. Das ist natürlich richtig, aber in dieser Feststellung schwingt ein Unterton mit, der anklingen lassen soll, es gehe dabei weniger um die Sache als eben um die Wahlen. Hinter solcher Bewertung eines Wahlkampfes verbirgt sich eine der Demokratie unangemessene Einschätzung der Aufgaben, die sich einer staatstragenden Partei in der politischen Meinungsbildung stellen. Sie soll den Wählern ja gerade nicht mit allgemeinen Parolen kommen oder mit wohlklingenden Bekenntnissen, sondern sie soll sagen, was sie in den nächsten Jahren konkret zu tun gedenkt, wenn sie die Regierungsverantwortung in unserem Staat übernimmt. Ein solches Konzept auszuarbeiten, hat sich der Wiesbadener Kongress der SPD für den Bereich der Kulturpolitik vorgenommen.

Dazu braucht man zunächst eine Aufnahme des Tatbestandes, eine Analyse. Man muss wissen, wie die gesellschaftlichen Gegebenheiten sind, was sie bedeuten für die Aufgaben der Kulturpolitik und für die Wege, die sich als begehbar erweisen können, und man muss erkunden, in welcher Weise die Kulturpolitik z.B. eine innere Demokratisierung der Bundesrepublik fördern kann. Das muss bedacht werden, ohne dabei die bedrückenden Realitäten in Mitteldeutschland aus dem Auge zu verlieren. Wir müssen den Blick freibehalten für eine Zeit, in der die Neuvereinigung Deutschlands möglich werden mag.

Nur einige der im Rahmen der Kulturpolitik in der Bundesrepublik wichtigen Fragen seien hier angedeutet: Wieweit ist der Kulturpolitik

ein mitentscheidendes aussenpolitisches Gewicht zugewachsen, wo der Koexistenzkampf, in dem sich die Demokratien den kommunistischen Diktaturen gegenübersehen, nicht zuletzt in diesem Raum ausgefochten wird? Hat sich der Föderalismus als ein Strukturelement in unserem staatlichen Gefüge in der Kulturpolitik bewährt, oder welche Formen der Zusammenarbeit muss dieser Föderalismus entwickeln, um die anstehenden kulturpolitischen Aufgaben sachgerecht und rasch lösen zu können? Was kann geschehen, um die vielen Pläne zur Reform unseres Bildungswesens einschliesslich der Hochschulen endlich so zu diskutieren, dass dabei etwas Praktisches herauskommt? Was können wir schliesslich tun, um der jungen Generation ein geüdiges Wissen um das Wesen einer demokratischen Ordnung in einer nicht lediglich formalistischen und dann meist langweiligen staatsbürgerlichen Bildung zu vermitteln, und wie lassen sich jungen Menschen mehr interessante und anregende Aufgaben stellen, die ihnen zugleich ein Stück Mitverantwortung für die deutsche Demokratie geben?

Kultur und Politik sind zwei Erscheinungsformen des Lebens, deren Träger und Repräsentanten in Deutschland vielfach noch in einem beziehungslosen Nebeneinander verharrten. Die Politik soll die Kultur nicht nach starren Normen prägen, aber sie muss Voraussetzungen schaffen für die Vielgestaltigkeit des kulturellen Lebens in einer freiheitlichen Gesellschaft. Darin unterscheidet sich demokratische Politik von der Kulturpropaganda und dem unerbittlichen ideologischen Zugriff totalitärer Staaten.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister und der Bundestagsausschuss für Kulturpolitik und Publizistik haben diese Sicht ihrer Aufgaben in ihren Maßnahmen und Forderungen oft deutlich werden lassen. In der Situation der Bundesrepublik sollte gerade die Kulturpolitik alle die Menschen zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen, die nicht nur über den Sinn unserer Ordnung nachdenken, sondern die zugleich bereit und fähig sind, der Demokratie eine feste Gestalt zu geben und sie mit einem kraftvollen Selbstbewusstsein zu erfüllen.

Willy Brandts Mahnung

Berlin und Deutschland müssen in der
internationalen Diskussion bleiben!

G.M. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hat vor dem Parteirat der SPD mahndend daran erinnert, dass die Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirksamen deutschen Aussenpolitik heute dringender sei als je. Aus Brandts Mahnung spricht nicht nur die Sorge um Berlin; er denkt hierbei auch daran, dass die Deutschlandfrage und das Problem der europäischen Sicherheit in den letzten Wochen und Monaten spürbar von der Tagesordnung internationaler Gespräche verdrängt wurde. Auch Brandt weiss - und er betont es immer wieder -, wieviel Dank wir den Westmächten für ihre Bereitschaft, die Freiheit Berlins zu schützen, schulden. Er weiss aber auch, dass Moskau und Pankow hartnäckig und zäh bemüht bleiben, über tausend Kanäle in Westen und bei den Neutralen den Eindruck zu erwecken, als könnte die internationale Spannung beseitigt werden, wenn man sich entschliesse, den Berlin- und Deutschlandkomplex aus der internationalen Diskussion entweder herauszuhalten oder im Sinne Moskaus - "Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten" - zu behandeln.

Das Drängen nach der Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirksamen deutschen Politik ist bisher von der Bundesregierung negativ beantwortet worden. Wir wissen nicht, ob diese Art der Behandlung des Ansinnens der stärksten Oppositionspartei bei einem Mann wie Adenauer von dem Wunsch diktiert ist, die Opposition aus der Mitverantwortung für den Staat herauszuhalten, oder ob es sich hierbei um das Eingeständnis der inneren Unsicherheit über den eigenen Weg handelt. Unabhängig davon jedoch, wie die Antwort auf diese Fragen lauten mag, bleibt die Forderung nach der Bestandsaufnahme im Raume stehen.

Auch der Parteifreund Dr. Adenauers, der CDU-Bürgermeister von Berlin, Amrehn, sagte bei einem Empfang des SPD-Parteirats, es sei notwendig, immer wieder an die gemeinsame Verpflichtung aller demokratischen Kräfte zum Schutze, zur Sicherung, zur Stärkung und zur Förderung Berlins zu erinnern. Hier schwang ein Ton mit, der erkennen lässt, dass auch Amrehn die Sorgen von Willy Brandt teilt.

In den letzten Tagen wird hinter den Kulissen sehr viel von "neuen Möglichkeiten" gesprochen, die Bundeskanzler Dr. Adenauer angeblich für das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau erblickt hat. Es wäre gut zu wissen, wie es tatsächlich um diese vermeintlichen "neuen Möglichkeiten" steht. Vergessen wir nicht, dass Bonn und Moskau zur Zeit über ein neues deutsch-sowjetisches Handelsabkommen reden, und denken wir daran, dass gewisse Dinge, die Berlin betreffen, möglicherweise in dieses Gespräch einfließen.

Umso notwendiger wäre es, wenn sich Dr. Adenauer an die Forderung der Opposition nach der gemeinsamen Bestandsaufnahme erinnert und es aufgibt, den ganzen hier angesprochenen Fragenkomplex nur in der Perspektive wahltaktischer Überlegungen behandeln zu lassen. Das hätte die mutige Bevölkerung von Berlin nicht verdient!

Frankreich am Scheideweg

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

28 Monate nach dem Mäputsch 1958 stehen in Frankreich die gleichen Kräfte einander gegenüber, die damals vor dem Bürgerkrieg zurückschreckten und de Gaulle als Schiedsrichter zur Macht riefen. Die Gegensätze haben sich seither verschärft und de Gaulles Kredit ist auf der linken ebenso wie auf der rechten Seite zusammengeschrumpft. Ein neuer Schiedsrichter ist diesmal nicht in Sicht.

Rechts sieht man in de Gaulle den Liquidator des Kolonialreiches, der sich jetzt anschickt, auch Algerien "preiszugeben".

Scoustelle und Salan, die am 13. Mai 1958 de Gaulle in den Sattel hoben, rufen jetzt zum offenen Widerstand, angeblich im Rahmen der Legalität, hinter ihnen regen sich aber die gleichen finsternen Kräfte, die seit zwei Jahren zweimal die Republik zu stürzen versuchten. "Im Mai 1958 haben wir zu kurz gezielt, im Januar 1960 zu weit, diesmal schiessen wir richtig", ist ihre Parole.

Salan, der frühere Militärbefehlshaber in Algerien, der nach dem Mäputsch nach Paris versetzt wurde und jetzt durch ein ausdrückliches Verbot an einer Rückkehr nach Algier gehindert wird, ist wieder zum Bannerträger der unzufriedenen Militärs geworden. Scoustelle, der frühere Generalgouverneur von Algerien, der sich nach dem Putsch schon als Regierungschef von de Gaulles Gnaden oder wenigstens als Innenminister sah, ist aus der gaullistischen Regierung und Regierungspartei UMR ausgeschieden und versucht, mit der FAF (Front de l'Algérie Française, angeblich 600 000 Mitglieder) und mit der neu gegründeten "Nationalen Sammelbewegung" ("Rassemblement National") alle konservativen Kräfte zusammenzufassen. Führende Militärs, wie Marschall Juin stehen ihm zur Seite. Die Rechtsbürgerlichen sind mit Pinay seit längerer Zeit in legaler Rechtsopposition, obwohl sie in der Regierung noch vertreten sind.

Alle diese Kräfte rüsten zu einer Grossoffensive, zu einem Kampf um die Macht.

Linke sind seit dem Jahre 1958 viele Hemmungen gefallen. Die Gewerkschaften, die damals der Machtergreifung de Gaulles gleichgültig gegenüberstanden und innerlich entzweit waren, sind aus dem Schlummer erwacht und haben sich weitgehend geeinigt. In allen Gewerkschaften lässt

sich seit zwei Jahren eine fortschreitende Radikalisierung feststellen. Im Januar dieses Jahres bewiesen sie durch einen Generalstreik, dass sie zur Abwehr neuer Putschversuche entschlossen sind. Die Friedensparole für Algerien steht jetzt in allen Forderungsprogrammen.

Die früheren "Systemparteien" SFIO, Radikale und MRP (katholische Volksrepublikaner), die de Gaulle von links her zur Macht verhalfen, stehen jetzt in Opposition nicht nur in den Fragen der Sozialpolitik und der Algerienpolitik, sondern vor allem auch in der Aussenpolitik. De Gaulle stützte sich auf diese Parteien im ersten Jahr der 5. Republik.

Weiter links erstarkt die PSU (Unabhängige Sozialisten), die von Mendes-France, Depoux und André Philip über Claude Bordet ("France-Observateur") bis in die Reihen der nichtkommunistischen äussersten Linken reicht und überregenden Einfluss in der studierenden Jugend hat. Sie steht in engster Verbindung mit der UNEF (Frankreichs Studentenvertretung), den Initiatoren der Strassenkundgebungen der gesamten Linken für Frieden in Algerien und Verteidigung der demokratischen Rechte.

Schon beim Zustandekommen der Grosskundgebung am 28. Mai 1958 und anlässlich des Generalstreiks zu Beginn dieses Jahres, war der Einfluss gerade dieser aktiven Minderheit beträchtlich; heute ist er offensichtlich.

Die Haltung der Kommunistischen Partei ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert. Man weiss, dass die KPF im Juni 1958 die Machtübernahme de Gaulles "toleriert" und einen wirklichen Widerstand ablehnte, auf Weisung Moskaus, wo man damals auf eine Sprengung des Atlantikpaktes durch de Gaulle und auf eine Erneuerung der französisch-russischen Allianz hoffte. Die kommunistische Parteiführung ordnete ihre innenpolitischen Entscheidungen wieder einmal der sowjetischen Aussenpolitik unter.

Seither hat die KPF mit dem Wiederaufleben des Kalten Krieges und auch unter dem Druck der inneren Entwicklung Frankreichs, ihren Ton geändert. Dennoch widersetzt sie sich den gegenwärtigen Bestrebungen einheitlicher Aktionen aller Gewerkschaften und Linksparteien: diesmal dürfte der Grund nicht aussenpolitisch sein, sondern einfach in der Sorge um das Führungsmonopol.

Die Radikalisierung der studierenden Jugend infolge des Algerienkrieges hat dazu geführt, dass auch junge Kommunisten den Gehorsam verweigern und der FEM helfen, wodurch sie in direktem Konflikt nicht nur mit den Militärbehörden, sondern auch mit ihrer eigenen Parteileitung geraten. Viele kommunistische Jugendliche werfen heute ihrer Parteiführung Trägheit und Opportunismus vor und nähern sich der neuen Linken. Darum hat Maurice Thorez es für richtig befunden, gerade jetzt, trotz neuer rechts radikaler Putschgefahr, in einem besonderen Artikel die UNEF scharf zu tadeln, weil sie ohne vorherige Anfrage beim ZK der KPF selbständig an die Gewerkschaften herantreten, um gemeinsam Grosskundgebungen der gesamten Linken vorzuschlagen. Der Erfolg der UNEF war aber so durchschlagend, dass die KP-Führung unter dem Druck der Jugend und der nichtkommunistischen Fraktion des Gewerkschaftsbundes CGT, sich der Bewegung anschließen mussten.

In Frankreich stehen ernste Kraftproben bevor. Zwischen den steigenden Wogen von links und rechts geht die 5. Republik schweren Tagen entgegen.

Spielfilmprämien - Hoffnung für den deutschen Film

Von Jürgen F. Warner

450 000 Mark an Prämien für Kulturfilme, 650 000 Mark für Bundesfilmpreise, 270 000 Mark für die Film-Festspiele Berlin und weitere 270 000 Mark für allgemeine kulturelle Filmaufgaben sind im Haushalts-Voranschlag 1961 des Bundesinnenministeriums vorgesehen. Diese Kosten sind nicht neu, seit vielen Jahren finden sie die Billigung des gesamten Parlaments. Vier Millionen aber stehen jetzt erstmalig neu im Voranschlag. In den Bemerkungen zum Bundeshaushalt heißt es hierzu:

Der veranschlagte Betrag dient zur Hebung des künstlerischen Niveaus des deutschen Spielfilms. Während der deutsche Filmpreis nur Spitzenleistungen prämiiert, sollen mit den Spielfilmprämien, ebenso wie mit den Kulturfilmprämien, Filme ausgezeichnet werden, die nach Thema oder Gestaltung bemerkenswert sind und in ihrer Qualität über dem allgemeinen Durchschnitt liegen.

Grundsätzlich ist die Einplanung von breit gestreuten Prämien für Spielfilme zu begrüßen. Die Regierung will hiermit einen Vorschlag verwirklichen, der bereits vor fünf Jahren von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Grundsatz vertreten worden ist. Damals allerdings konnten sich die Vertreter der Regierungsparteien in den Beratungen des Film-, Presse- und Rundfunkausschusses nicht entschließen, dem Antrag der SPD zu folgen. Von diesem Antrag blieben damals nur die Einführung von Prämien für Kulturfilme und die sehr wesentliche Erhöhung der Bundesfilmpreise übrig - vor dem Antrag standen für die Filmpreise nur 10 000 Mark jährlich zur Verfügung. Zweifelsohne haben die Kulturfilmprämien die Leistungen auf diesem Gebiet erhöht und auch die wirtschaftliche Lage des Kulturfilm-Schaffens verbessert. Die Prämien haben damit den von der SPD-Fraktion beabsichtigten Zweck weitgehend erfüllt.

Beim Spielfilm ist die von der Einführung der Bundesfilmpreise erwartete Wirkung dagegen nicht eingetreten. Sicher hat sich auch hier die Qualität in den letzten Jahren verbessert. So hat sich die Zahl der von der Filmbewertungsstelle der Länder mit einem Prädikat bedachten Deutschen Spielfilme seit 1955 etwa verdoppelt. Aber die Erringung eines Bundesfilmpreises ähnelt für die Produktionsfirmen einem Lotteriespiel. Von einer Jahresproduktion von rund 120 deutschen Spielfilmen können ja nur zwei einen Preis erhalten. Damit fehlt der Anreiz der Breitenwirkung. Hinzu kommt, daß sich die wirtschaftliche Lage der Filmindustrie in den letzten Jahren wesentlich verschlechterte. Nicht zuletzt

durch den Einbruch des Fernsehens sind die Besucherzahlen erheblich zurückgegangen, damit auch die Einspiel-Ergebnisse der Produktionsfirmen und daraus folgend auch die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken besonderer Art, die nun einmal die Herstellung künstlerisch wertvoller Filme mit sich bringt.

Es ist positiv zu werten, daß die Bundesregierung jetzt auf den alten sozialdemokratischen Vorschlag zurückgekommen ist und die Absicht hat, durch die Aussetzung von etwa 20 Spielfilmprämien im Jahr die Hebung der Durchschnittsqualität anzuregen. Einige Bedenken allerdings müssen gegen den Plan, wie ihn die Bundesregierung jetzt formuliert hat, geltend gemacht werden.

Zunächst mißfällt der vorgesehene Sperrvermerk des Bundesfinanzministers. Bei der Vergabe von Spielfilm-Prämien sollte man dem Finanzminister tunlichst heraushalten. Wenn das Parlament die Bereitstellung dieser Mittel einmal beschlossen hat, besteht nicht der geringste Anlaß mehr, ein Einspruchsrecht für den Finanzminister zu verankern.

Ferner müßte die Bundesregierung vor der Verabschiedung der Vorlage mit den Bundestagsfraktionen klären, welchem Gremium die Vergabe der Prämien übertragen werden soll. Der Ausschuss zur Verteilung des Bundesfilmpreises hat in den letzten Jahren korrekt gearbeitet, worn seine Entscheidungen auch nicht immer ungeteilten Beifall fanden. Das kann nicht erstaunen, da eine einheitliche Meinung in Geschmacksfragen nun einmal nicht zu erreichen ist. Der Ausschuß zur Vergabe der neuen Spielfilmprämien sollte nach ähnlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt werden. Ihm müßten Persönlichkeiten angehören, die in der Lage sind, unbeeinflusst ihr fachmännisches Urteil abzugeben.

Schließlich sollte sichergestellt werden, daß die jährlich vorgesehenen vier Millionen DM der Film-Produktion erhalten bleiben. Die Empfänger der neuen Prämien müßten daher verpflichtet werden, die erhaltenen Beträge erneut zur Herstellung von Filmen zu verwenden. So würde neues Kapital in die Filmwirtschaft fließen. Hiermit könnte eine nachhaltige Verbesserung der deutschen Filmqualität gefördert werden. Hierdurch würden sich auch die Exportmöglichkeiten des Films verbessern. Eine Chance, die zwar augenblicklich angesichts des deutschen Exportüberschusses wirtschaftlich uninteressant sein mag, die aber als Sympatiawerbung für die Bundesrepublik nicht zu unterschätzen ist.

+ + +